

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 75

Artikel: Dem Finanzkapitalismus den Boden entziehen : Ansätze einer "Sozialisierung von hinten"
Autor: Aebi, Jonas / Gehriger, Luisa
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055581>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dem Finanzkapitalismus den Boden entziehen

Ansätze einer «Sozialisierung von hinten»

Das Wohnen sei die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, stellten in den letzten Jahren selbst Vertreter*innen der deutschen Bundesregierung fest (BMI 2020). Doch was bedeutet es für sozialistische Politiken, das Wohnen als soziale Frage zu verstehen? Mit einer Vorbemerkung zu Marx' ursprünglicher Akkumulation, einer Betrachtung des «Roten Wiens» als Versuch einer Sozialisierungsstrategie «von hinten» sowie einer kurzen Diskussion aktueller Verknüpfungen von Finanzkapitalismus und urbanem Boden in der Schweiz möchten wir in diesem Text unterstreichen, wie zentral Kämpfe um neue Eigentumsordnungen an Grund und Boden für das Projekt einer emanzipatorischen Linken sein können.

Marx und Engels: Das Wohnen als Nebenwiderspruch?

Im 24. Kapitel des ersten Bandes des *Kapitals* widmet sich Karl Marx der «sogenannten ursprünglichen Akkumulation». Er befasst sich dort nicht mit den ökonomischen Logiken des Kapitalismus, sondern mit seiner Entstehungsgeschichte. Für Marx beginnt diese mit einer Enteignung: «Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden bildet die Grundlage des ganzen Prozesses.» (MEW 23, 744). Die «Enclosures of the Commons», also die Einhegungen der gemeinwirtschaftlich betriebenen Felder durch den niederen Landadel, waren nach Marx für die Entstehung des Kapitals wie auch des Proletariats grundlegend: Von ihren Produktionsmitteln (u. a. dem Boden) getrennt, zogen die «doppelt freien Arbeiter» umher und schliesslich in die sich industrialisierenden Städte, um ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Das leergefegte Land diente dem Landadel dazu, Schafweiden anzulegen, um damit etwa über den Handel mit Wolle für die

Textilindustrien das Einkommen zu vermehren – aus dem Boden wurde Kapital. Die dadurch gewonnene politische Macht manifestierte sich in der Machtübernahme des heute ironischerweise noch immer House of Commons genannten parlamentarischen Unterhauses gegenüber dem House of Lords. Fortan wurden die Einhegungen nicht mehr nur über «Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt» (MEW 23, 742) vorangetrieben, sondern auch über parlamentarische Beschlüsse, die «Bills of Enclosures». Obwohl die Widersprüche des Kapitalismus in der Folge in vielen Bereichen der Produktion und Reproduktion zu sozialen Verwerfungen führten, hat der frühe Marxismus die Ausbeutung der (meist männlichen) Arbeiter in den Industrien als bevorzugten Ort verstanden, diese Verwerfungen zu politisieren.

Das Rote Wien: Wohnbau als Sozialisierung von hinten

Trotzdem blieb die Boden- und Wohnungsfrage in der politischen Praxis Treiber sozialistischer Strömungen. Speziell das Rote Wien verfolgte einen auf Boden und Wohnen basierenden städtischen Reformsozialismus, der hier eine kurze Betrachtung verdient. Die Rotes Wien genannte Ära dauerte von der ersten Gemeindewahl in der neuen österreichischen Republik 1919, als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei SDAP die absolute Mehrheit in Wien errang, bis ins bürgerkriegsähnliche Jahr 1934. Bekanntestes Merkmal des Roten Wiens war der Bau von ungefähr 65 000 Gemeindewohnungen, die noch heute im Besitz der Stadt sind. So bekannt dieser soziale Wohnungsbau ist, bleibt dessen politische und ökonomische Entstehung laut Klaus Novy (1979, 14 f.) dennoch unterbeleuchtet, birgt sie doch radikale Ansätze eines reformpolitischen und demokratischen Sozialismus. Zwei Entstehungsbedingungen sind dabei zentral: Auf der einen Seite «erbte» die SDAP 1919 die vom verlorenen Krieg gebeutelte Hauptstadt, in der Hunger und Wohnungsnot grassierten. Gegen letztere begannen sich die Arbeiter*innen in der sogenannten Siedlerbewegung (Novy 1981) zu organisieren, besetzten leerstehende Ländereien und begannen in Selbsthilfe selbstverwaltete Genossenschaftssiedlungen aufzubauen. Sie forcierten so auch die SDAP, ein eigenes Wohnbauprojekt in grösserem Massstab aufzubauen. Auf der anderen Seite konnte die Stadt auf die noch bestehenden Notstandsge setze des Krieges zurückgreifen, durch welche die Wohnungsmieten eingefroren waren. Die strikte Mietzinskontrolle verhinderte, Rendite aus Wohnimmobilien zu ziehen, private Investitionen in den Wohnungsmarkt lohnten sich kaum mehr. Da die neue österreichische Gesetzgebung den

Gemeinden keine Enteignungen ermöglichte, konnte der Boden für den Gemeindewohnungsbau so indirekt angeeignet werden. Faktisch wurde die Stadt Wien so zum monopolistischen Nachfrager von Boden und konnte bis zum Ende der roten Ära gegen dreissig Prozent des städtischen Bodens aufkaufen (Novy 1979, 20). Diese Reformpolitik war massgeblich deshalb erfolgreich, weil sie der Austrocknung der privaten Investitionen mit einem über ein ganzes Arsenal von Wohnbau- oder Luxussteuern finanzierten, massiven städtischen Investitionsprogramm entgegenwirkte. Als Resultat betrugen die Mieten damals noch etwa 2 bis 7 Prozent des Einkommens der Arbeiter*innen (ebd. 16).

Mit dieser Dekommodifizierung des Wohnens ging zudem der Ausbau eines gemeinwirtschaftlichen Bausektors sowie dezentralisierter Gesundheits- und Bildungseinrichtungen einher, die direkt in die Wohnblöcke integriert wurden. Novy bezeichnet die Reformpolitik des Roten Wiens deshalb als «Sozialisierung von hinten»:

«<Von hinten> heisst Wirtschaftsreform nicht vom industriellen Herz her – wie in den meisten Sozialisierungsstrategien –, sondern von Randsektoren her wie etwa dem Boden- und Wohnungsmarkt, dem Verkehr, dem Handel.» (ebd. 13)

Entgegen der marxistischen Revolutionsauffassung also belässt die Sozialisierung von hinten zuerst das kapitalistische Arbeitsverhältnis und die Wirtschaftsfreiheit in der Produktion, doch stellt dieser schrittweise gemeinwirtschaftliche Sektoren gegenüber. Novys Bezeichnung weist so auch augenzwinkernd auf den Stellenwert dieses Sozialismusverständnis gegenüber jenem vieler Gewerkschaften und Parteien: «Die für Wien spezifischen Schritte stehen dementsprechend <hinten> in den sozialistischen Parteiprogrammen.» (Ebd.) Mit Blick auf die heutige Situation vermag diese «Vernachlässigung» erstaunen, unter anderem, weil das Reformprojekt im Gegensatz zu anderen realsozialistischen Systemen nicht aufgrund innerer Widersprüche kollabierte – das Experiment endete 1934, sinnbildlich mit dem Artilleriebeschuss des Vorzeigewohnprojekts Karl-Marx-Hof durch die Austrofaschisten.

Finanzialisierung des Wohnens

Blicken wir mithilfe von David Harvey auf die heutige, globale «Enteignungsökonomie» (Zeller 2004), lässt sich zudem fragen, ob eine Sozialisierung

des Wohnungssektors den Kapitalismus nicht von hinten, sondern eher mittendrin aus dem Herzen heraus treffen würde. Mit Verweis auf Rosa Luxemburgs Analyse der kolonialen «Landnahme» beschreibt Harvey, dass Marx' ursprüngliche Akkumulation nicht einfach eine spezifische historische Periode darstellt, sondern gerade im Zuge der neoliberalen Globalisierung noch an Bedeutung gewinnt (Harvey 2004a, siehe auch Federici 2012). Von der Privatisierung staatlicher Infrastrukturen und sozialstaatlicher Dienstleistungen, der neokolonialen Landnahme durch Rohstoff- und Agrarkonzerne im globalen Süden, der Ökonomisierung der (unbezahlten) Sorgearbeit bis hin zur Finanzialisierung des Wohnens oder der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums zielen neoliberalen Politiken auf die Inwertsetzung nicht-kapitalistischer Produktionsweisen, Eigentums- und Lebensverhältnisse. Treffend bezeichnet Harvey diese Prozesse als «Akkumulation durch Enteignung» (Harvey 2004a): Neue Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation werden erschlossen, indem Menschen mit politischen und rechtlichen Mitteln ihrer Lebensgrundlagen enteignet werden – sei es ihrer Umwelt, ihrer Gesundheit und Körper, ihrer Nahrungsmittel, ihrer Wohnung oder ihres Lebensraums (ebd. 2004b).

Für Harvey (1982, 373 f.) stellt die von Marx hauptsächlich analysierte (industrielle) Produktion bloss den ersten Kapitalkreislauf dar, während Investitionen in die Reproduktion der Arbeitskraft auch den zweiten und dritten Kreislauf bedingen: Wird im zweiten Kapitalkreislauf in die gebaute Umwelt (also etwa das Wohnen) investiert, so im dritten Kapitalkreislauf in Bildung, Forschung, Kultur et cetera. Diese kapitalintensiven und wenn, dann erst langfristig rentablen Investitionen benötigen entweder einen investierenden Wohlfahrtsstaat – oder aber einen spekulativ agierenden Finanzmarkt, durch den Kapital in die Bereitstellung dieser Güter geleitet wird. Investitionen in den Boden und in Immobilien dienen gleichzeitig der Bewältigung von Überakkumulationskrisen: Überschüssiges Kapital wird sozusagen im Boden versenkt – die drohende Kapitalentwertung wird laut Harvey damit allerdings nicht gelöst, zumindest aber zeitlich und räumlich verschoben. Finanzkapitalismus und Immobilienwirtschaft sind demnach über die Krisendynamik des Kapitalismus eng ineinander verwoben. Gleichzeitig bedeutet das heutige, finanzmarktgetriebene Akkumulationsregime auch, dass es zu einer «Entkoppelung von Kapitalverwertungsprozess und ‹realer› Produktionsprozess» (Krätke 1995, 225) kommt, während die Kopplung von Finanzkapitalverwertung mit Boden und Immobilien gleichzeitig an Bedeutung gewinnt.

Institutionelle Anleger in der Schweiz

Boden wird heute vermehrt als «reine Finanzanlage» behandelt (Krätke 1995, 222): Der Wert des Bodens wird – ähnlich einer Aktie – spekulativ durch die potenziell in Zukunft damit zu erreichende Grundrente berechnet. Dazu müssen sich jedoch die lokalen Bodenmärkte verändern, was unter anderem über die Zerschlagung der historisch gewachsenen Eigentümerstrukturen geschieht: Weltweit zeigt sich dies in der Zurückdrängung von oftmals sich noch eher am Gebrauchswert orientierenden Privatpersonen oder Familienverbünden, genauso wie von gemeinnützigen und staatlichen Bauträgern. Auf der anderen Seite gewinnen finanzielisierte institutionelle Investoren wie BlackStone oder BlackRock an Boden. In der Schweiz wurde diese Entwicklung durch die Lex Koller bisher abgeschwächt. Noch immer verbietet das protektionistische Gesetz ausländischen Investoren, in der Schweiz Wohngebäude zu besitzen. Allerdings ist auch die Lex Koller stetigen Angriffen seitens der Finanz- und Immobilienlobby ausgesetzt – so ist es seit 2007 ausländischen Investoren erlaubt, in Büroimmobilien zu investieren, seit 2011 dürfen sie auch Anteile an börsenkotierten Immobilienunternehmen erwerben – was gerade BlackRock seither in grossem Masse zum Beispiel bei Swiss Prime Site tut. Die Finanzialisierung des Grundeigentums in der Schweiz wird zudem trotz Lex Koller durch den global agierenden Schweizer Finanzplatz selbst vorangetrieben. So hat in der Schweiz der Anteil der institutionellen Anleger und der Immobiliengesellschaften am gesamten Mietwohnungsbestand von 29 Prozent im Jahr 2000 auf 39 Prozent im Jahr 2017 zugenommen (Young 2019).¹

Auffallend ist, dass nicht nur Versicherungen und Banken vermehrt in Betongold investieren, sondern auch Pensionskassen und deren Anlagestifungen spätestens seit der Finanzkrise 2007 zu aktiveren Playern geworden sind. Die mit gesetzlich festgelegten Renditevorgaben agierenden Pensionskassen drängen mangels profitabler Anlagemöglichkeiten auf den schweizerischen Markt. Hier ergibt sich auch für die Gewerkschaften ein Zielkonflikt: Zwischen der Sicherstellung der kapitalgedeckten Altersvorsorge des BVG und bezahlbarem Wohnraum (als bester Altersvorsorge!)² stehen die Vertreter*innen der Arbeiter*innen aufgrund der Anlagestrategien der Pensionskassen nicht auf der Seite der Mieter*innen. Denn viele Pensionskassen ändern die Anlagestrategie ihres bisherigen Immobilienbesitzes: Ziel ist nicht mehr, die Immobilien als langfristige Wertanlage zu belassen («buy and hold»), sondern aus dem bestehenden Portfolio zum Beispiel mittels Luxussanierungen möglichst viel Rendite herauszupressen (KPMG 2017, 25; Theurillat u.a. 2010). Diese Strategie führt in den letzten Jahren vermehrt zu Massenkündi-

gungen ganzer Bestände, so etwa an der Mülhauserstrasse 26 in Basel, wo die Pensionskasse Basel-Stadt teilweise ihre eigenen Rentner*innen vor die Türe setzen wollte.

Umgekehrte Landnahme: Ansätze für eine Vergesellschaftung von Wohnraum

Im Wohnen zeigen sich (wie in anderen reproduktiven Bereichen wie Gesundheit oder Bildung) die eklatanten sozialen Verwerfungen, die die Akkumulation durch Enteignung im Leben der Stadtbewohner*innen produziert. Doch gerade deshalb kann der Widerstand gegen den ansonsten sehr abstrakten, hypermobilen und «raumlosen» Finanzmarkt an diesen Orten artikuliert werden. Die marktwirtschaftliche Allokation und Kontrolle der Ressourcen Boden und Wohnraum befriedigt für eine wachsende Zahl von Menschen eines der zentralsten Grundbedürfnisse nicht und verursacht wachsende soziale Kosten, während sich aufgrund der Konzentration des unvermehrbaren Guts Boden eine enorme ökonomische und gesellschaftliche Macht in den Händen weniger kumuliert. Ausgehend von diesen sozialen Konflikten, lässt sich heute wieder eine «Sozialisierung von hinten» denken, die auf eine demokratische Vergesellschaftung des Bodens und Wohnens zielt. Aber mit welchen politischen Instrumenten kann eine Reformstrategie angegangen werden, die nicht nur auf sozialstaatliche Sicherheit, sondern auf eine Vergesellschaftung zielt? Und welche Eigentümerstrukturen und Verteilungsinstanzen können eine stärkere demokratische Kontrolle dieser Ressourcen begünstigen?

1. Von der Subjekt- zur Objekthilfe: War die Tradition des Gemeindebaus in der Schweiz niemals so stark wie in Wien, so haben Privatisierungen und Anpassungen an marktwirtschaftliche Kriterien der letzten dreissig Jahre die wenigen staatlichen Bestände an kostengünstigen Wohneinheiten zusätzlich verringert. In vielen Kantonen wurden stattdessen Formen der Subjekthilfe – Wohnzulagen über die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder Familienbeiträge – eingeführt. Während über Subjekthilfe Millionen von Franken an private Immobilienbesitzer fliessen und dort versickern, ermöglichen Investitionen in Boden- und Immobilieneigentum neben einer grösseren planerischen Gestaltungsmöglichkeit auch eine langfristige Bewirtschaftung in staatliche Taschen. Diese Einkommensquellen müssen allerdings für bezahlbare Mieten sorgen.

2. Genossenschaften: Um gemeinwohlorientiertes Eigentum nicht erneut den Unsicherheiten politischer Mehrheitsverhältnisse auszusetzen, kann eine Vergesellschaftung des Wohnens von demokratischen, öffentlich-rechtlichen Stiftungen und Genossenschaften getragen werden. Mit der Trennung von staatlichem Bodenbesitz und gemeinwirtschaftlichem Bauen über die Vergabe von langfristigen Baurechten kann eine demokratische Kontrolle über diese Ressourcen ausgeweitet werden. Die gesetzlich auf die Kostenmiete verpflichteten Wohnbaugenossenschaften stellen eine zentrale Akteurin für eine Sozialisierung des Wohnens dar. So könnten äussert zahlungskräftige, oftmals ältere Genossenschaften mit vielen Rücklagen jüngeren Schwestern Solidaritätsanleihen vergeben. Im Hinblick auf die zunehmende Aggressivität von Finanzplayern sollten zudem neue, genossenschaftliche Finanzinstrumente oder europäische Syndikatsstrukturen aufgebaut werden. Da kostengünstige Wohnungen vorwiegend im Altbau zu finden sind, müssen die – heute noch – meist durch traditionelle Eigentümerstrukturen geprägten Altbaubestände jetzt durch eine basisorganisierte Nachlasspolitik genossenschaftlich gesichert werden.

3. Bodenpolitik: Deutlich wird, dass sich die Ausdehnung genossenschaftlicher Wohnungswirtschaft nicht von Bodenpolitik trennen lässt: Die Vergesellschaftung des Wohnens hängt unweigerlich mit der Vergesellschaftung des Bodens zusammen. Einige Städte und Kantone haben in letzter Zeit (zum Teil durch Bodeninitiativen wie in Basel-Stadt oder durch den Kampf um die Industriestrasse in Luzern) eine aktiveren Bodenpolitik zu betreiben versucht (Gerber/Kriese 2019). Meist jedoch beschränkt sich diese darauf, zumindest keinen weiteren städtischen Boden zu privatisieren. Einige Gemeinden und Kantone kennen zudem Vorkaufsrechte. Diese sollten wiederum an gemeinnützige Bauträger abgetreten werden können. Allerdings haben solche Vorkaufsrechte erst dann einen den generellen Bodenwert drückenden Charakter, wenn sie nicht zu Marktpreisen, sondern zu gedeckelten Bodenpreisen ausgeübt werden können.

4. Steuerpolitik: Das Beispiel des Roten Wiens zeigt, wie wichtig steuerpolitische Vorstösse wie die Ausweitung der Liegenschafts- und Grundsteuer sind. Die SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (2019) betont, dass die Immobilienbranche die am meisten subventionierte Branche sei, da Wertsteigerungen des Bodens durch öffentliche Investitionen in Infrastrukturen direkt den Grundbesitzern zufließen. Diese Subventionierung lässt sich durch eine Ausweitung der bestehenden Mehrwertabgabe verhindern – gleichzeitig

müsste diese zweckgebunden in die staatliche Boden- und Wohnpolitik zurückfliessen.

5. Mietzinskontrolle: Ebenfalls lässt sich von Wien lernen, dass das Mietrecht wichtiger Teil einer aktiven Bodenpolitik sein kann. Jedenfalls dann, wenn es darauf zielt, die potenziell zu erzielende Grundrente zu verringern. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die Mietzinskontrolle nicht etwa eine ferne sozialistische Träumerei darstellt, sondern für etwa die Hälfte des 20. Jahrhunderts Schweizer Realität war. Auslöser waren jeweils Notstandsgesetze während der Kriege, doch die Gesetzgebung hatte in der Schweiz zumindest in von Wohnungsnot betroffenen Städten bis 1970 Bestand, einige Kantone kennen heute wieder punktuelle Mietzinskontrollen (siehe Beitrag Scherr in diesem Band). Aktuell steht in Bezug auf das Mietrecht jedoch eine entscheidende Abwehrschlacht auf nationaler Ebene bevor: Die Immobilienlobby will mit verschiedenen Vorstößen das Kostenmietprinzip des Mietrechts schwächen und das Prinzip der Marktmiete stärken. Um aus dieser Defensive zu gelangen, braucht die Mieter*innen- und Genossenschaftsbewegung stärkere Koalitionen und eine aktiveren Basisorganisation.

Schlussbetrachtungen: Allianzen für eine Basisbewegung

Die Landnahme von Akteuren, die das Wohnen hauptsächlich als Anlagestrategie sehen, bedeutet auf politischer Ebene eine enorme Gestaltungsmacht der Immobilienlobby. Gleichzeitig sind die sozialen Folgen zunehmender institutioneller Anleger auf überhitzten Immobilienmärkten besonders in den städtischen Zentren spürbar, weshalb dort auch das Grundrecht auf Wohnen politisiert werden kann, wie verschiedene gewonnene Initiativen und Mieter*innenkämpfe zeigen (Balmer/Bernet 2016). Verstehen wir die Verfügungsgewalt über den städtischen Boden als eine der ökonomischen Grundlagen des heutigen Kapitalismus, bieten Verdrängung, Massenkündigungen und soziale Isolation im Quartier wichtige konkrete Anknüpfungspunkte für eine antikapitalistische Basisorganisation. Auch hier lohnt sich der Blick auf die Wiener Siedlerbewegung wie auf die Bewegung «Deutsche Wohnen & Co. enteignen» in Berlin, die neben der öffentlichen Kampagne auch eine Basisorganisation anstrebt, indem sie mittels Community-Organizing die betroffenen Mieter*innen in den Wohnblöcken vernetzt. Legt der Schweizerische MieterInnenverband in den letzten Jahrzehnten seinen Fokus auf juristische Einzelfallbearbeitung und parlamentarische Politik, so hat ein unabhängiges Komitee während der Corona-Krise zu einem landes-

weiten Mietstreik aufgerufen. Die Lehre aus dieser wenig beachteten Online-Kampagne ist jedoch, dass solche Strategien auf eine organisierende Quartierarbeit angewiesen sind, welche unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und mit ihnen eine diverse Quartierzusammensetzung und deren Anliegen politisieren kann. Eine solche Basisorganisation braucht eine stärkere Unterstützung und Allianzen bereits etablierter Organisationen wie Mieter*innenverbände und Gewerkschaften, quartiernahe Vereine und progressive Regierungsvertreter*innen sowie ältere und neuere Genossenschaften: eine Allianz, die Alternativen dagegen aufzuzeigen vermag, dass Eigentumsstrukturen entscheiden, wer wie an der Stadt und der Gesellschaft teilnehmen kann.

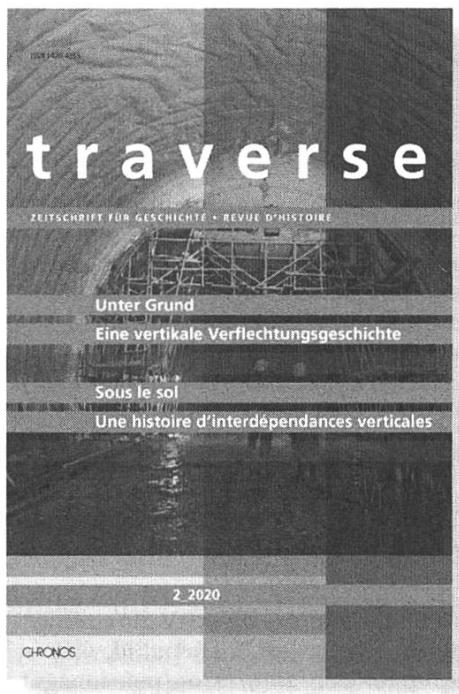
Anmerkungen

- 1 Die Versicherung SwissLife mit Hauptaktionär BlackRock ist die grösste Immobilieneigentümerin der Schweiz. Auch der UBS-Gruppe gehören etwa 30 500 Wohnungen, was dem Wohnungsbestand der Stadt Biel entspricht, die Credit Suisse (CS-Gruppe) besitzt mit 9000 Wohnungen sozusagen den Bestand der Stadt Solothurn (Young 2019, 6 f.).
- 2 Das BVG verstärkt nicht nur den Druck auf Boden- und Mietpreise, sondern zementiert – anders als die AHV – auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern (Fluder u. a. 2016) und den Einkommen (Kuhn 2020).

Literatur

- Badran, Jacqueline, 2019: «Die Politik behandelt den Boden wie ein Joghurt». Interview von Gabriel Brönnimann. In: Gerber, Brigitte / Kriese, Ulrich (Hg.), 2019: Boden behalten – Stadt gestalten. Zürich
- Balmer, Ivo / Bernet, Tobias, 2016: Strategien für bezahlbares Wohnen. Genossenschaftliche Selbstorganisation und städtische Politik. In: Widerspruch 68, 127–139
- BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2020: Bundesinnenminister Seehofer: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2020/01/kongress-bauen.html (Abfrage 17.7.2020)
- Federici, Silvia, 2012: Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien
- Fulder, Robert u. a., 2016: Gender Pension Gap in der Schweiz. Geschlechterspezifische Unterschiede bei den Altersrenten. Beiträge zur sozialen Sicherheit. Forschungsbericht 12/16. Neuchâtel
- Gerber, Brigitte / Kriese, Ulrich (Hg.), 2019: Boden behalten – Stadt gestalten. Zürich
- Harvey, David, 1982: The Limits to Capital. Oxford
- Harvey, David, 2004a: The New Imperialism. Accumulation by Dispossession. In: The Socialist Register 40, 63–87
- Harvey, David, 2004b: Der neue Imperialismus und die globale Enteignungsökonomie. Ein Interview. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 59. zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/907/der-neue-imperialismus-und-die-globale-enteignungsokonomie.html (Abfrage 15.6.2020)
- KPMG, 2017: Pensionskassen Real Estate Benchmark. Zürich
- Krätké, Stefan, 1995: Stadt – Raum – Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel/Boston/Berlin
- Kuhn, Ursina, 2020: Wie die AHV die soziale Ungleichheit mindert. In: Republik, 9.12. www.republik.ch/2019/12/09/pensionsgut-haben-und-vermoegensungleichheit (Abfrage 9.7.2020)
- MEW: Marx, Karl, 1968: Das Kapital, Bd. 1. In: Marx, Karl / Engels, Friedrich: Werke, Bd. 23. Berlin/DDR

- Novy, Klaus, 1979: Der Wiener Gemeindewohnungsbau. «Sozialisierung von unten». Zur verdrängten Dimension der Gemeinwirtschaft als Gegenökonomie. In: ARCH+ 45, 9–25
- Novy, Klaus, 1981: Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Wiener Siedler nach dem 1. Weltkrieg. In: ARCH+ 55, 26–41
- Staub, Peter / Rütter, Heinz, 2014: Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft der Schweiz. Kurzbericht. Im Auftrag des Bundesamts für Wohnungswesen, hg. von HEV / pom+. Zürich
- Theurillat, Thierry / Corpataux, José / Crevoisier, Olivier, 2010: Property Sector Financialization. The Case of Swiss Pension Funds (1992–2005). In: European Planning Studies 18 (2), 189–212
- Young, Chris, 2019: Das Geschäft mit den Mieten. In: Mieten + Wohnen Nr. 5, 5–7
- Zeller, Christian (Hg.), 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster



Unter Grund

Eine vertikale Verflechtungsgeschichte

Der Untergrund erregt gegenwärtig grosse Aufmerksamkeit, sowohl in der Öffentlichkeit als auch in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. In der Geografie und den Urban Studies wird bereits von einem «vertical turn» gesprochen. Das Themenheft lotet die sich wandelnden menschlichen Beziehungen zum Untergrund in einer langen historischen Perspektive aus.

2020/2. 184 S., 12 Abb. s/w. Br. CHF 28

traverse erscheint dreimal jährlich.
Abo CHF 75, für Studierende CHF 54.

www.chronos-verlag.ch

